



28. September 2018

Arbeit im Landtag

Haushalt 2019:

Mitte-Rechts-Koalition setzt Schwerpunkt der sozialen Kälte!



Urheber: Matthias Herz

77 Milliarden Euro – soviel umfasst der Haushalt des nordrhein-westfälischen Landtags 2019. Das bedeutet Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahreshaushalt 2018. Getilgt werden sollen trotzdem lediglich 30 Millionen Euro Schulden. Bleibt die Landesregierung beim Thema Schuldenabbau in diesem Tempo, braucht Nordrhein-Westfalen mehr als 500 Jahre, um seinen Schuldenberg abzutragen. Die schwarz-gelbe Landesregierung wird ihren selbst gesteckten „Mittelmaßstäben“ somit wieder einmal nicht gerecht. Noch unverständlicher ist dabei: Schwarz-Gelb verschwendet Gelder, und spart gleichzeitig in den falschen Bereichen: Im Bereich Soziales sollen 200 Millionen Euro gekürzt werden. Der Schwerpunkt der sozialen Kälte wird munter fortgesetzt.

Am deutlichsten werden die Einsparungen bei den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege - bei der Arbeiterwohlfahrt, dem Caritasverband, den Paritätischen, dem Deutschen Roten Kreuz, der Diakonie und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Ihnen allen will die Regierung Laschet die Mittel um 2 Millionen Euro kürzen. Wir werden in den Haushaltsberatungen darauf drängen, diese schwerwiegenden Fehler umgehend zu beheben.

Mietwohnungen nicht als Ferienapartments zweckentfremden

Besonders in den städtischen Ballungsräumen von Nordrhein-Westfalen wird die Nachfrage nach Wohnraum immer größer. Die Mietpreise steigen dadurch unaufhörlich. Davon sind längst nicht mehr nur Städte wie Köln oder Düsseldorf, sondern auch das Ruhrgebiet betroffen. Viele Menschen können sich eine Wohnung dort schlichtweg nicht mehr leisten. Die Folge ist soziale Spaltung in unseren Städten. In diesem Zusammenhang macht uns die dynamische Entwicklung sogenannter Online-Wohnungsvermittler zusätzliche Sorgen. Mit ihrem Geschäftsmodell entziehen sie dem Markt potenzielle Wohnungen für die ortsansässige Bevölkerung: Aus Mietwohnungen werden nicht selten Ferienapartments. Dieser Form der Zweckentfremdung wollen wir entgegenwirken. Dazu fordern wir die Landesregierung auf, Bestimmungen zu erlassen, wonach u. a. vor der gewerbsmäßigen Vermietung eine Genehmigung der Kommune einzuholen ist. Damit kann die jeweilige Kommune mehr Transparenz herstellen und im Falle von akutem Wohnraumangel die Zweckentfremdung durch gewerbsmäßige Vermietung als Ferienwohnraum untersagen.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

[Drucksache 17/3596](#)

Freie Eintritte in NRW-Museen

Warum sollen Bürgerinnen und Bürger für Museen, die sich mehrheitlich oder ganz in der Trägerschaft des Landes befinden, Eintritt bezahlen? Mit ihrer Steuerleistung erbringen sie nicht nur die Kosten zum Erhalt und Betrieb der Museen, sondern tragen damit vielfach auch zum Ankauf der kulturellen Werke bei. Die Landesregierung soll daher dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger **freien Eintritt** zu allen Dauerausstellungen und Präsentationen von Sammlungen in NRW-Museen haben, an denen das Land beteiligt ist. Junge Menschen bis 21 Jahre sollen in diesen Museen sogar alle Ausstellungen kostenfrei begutachten können.



Urheber: Daniel Behmenburg

[Drucksache 17/3593](#)

Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten

In einem gemeinsamen Antrag mit CDU, FDP und Grünen distanzieren wir uns ausnahmslos von allen, die Gewalt gegenüber anderen Menschen ausüben, zu ihr aufrufen, sie stillschweigend tolerieren oder in irgendeiner Form unterstützen. In unserem Land ist kein Platz für rechten, linken oder religiösen Extremismus, Antisemitismus, Rassismus, Fanatismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz. Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft einzustehen und mit Besonnenheit und rechtsstaatlicher Entschlossenheit zu handeln.



Urheber: pixabay.com—geralt

[Drucksache 17/3581](#)

In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung

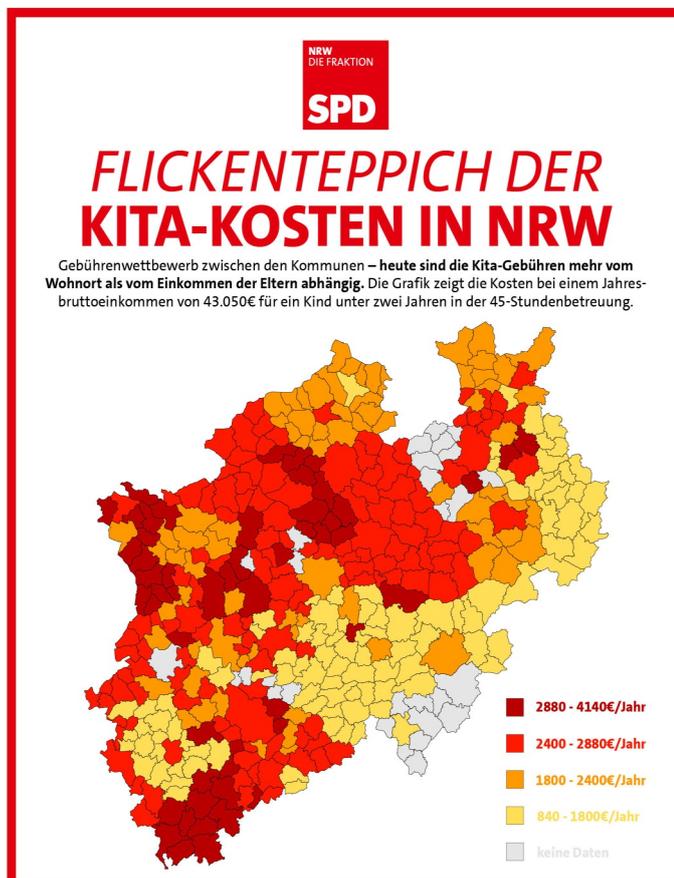
Seit über 13 Jahren ruft die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) zur Isolation und zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott des Staates Israel auf. Die BDS-Bewegung ist in ihren Methoden und Zielen nicht nur antiisraelisch, sondern klar antisemitisch. So erinnert beispielsweise das Anbringen von „DON'T BUY“ Schildern an die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte. Zusammen mit CDU, FDP und Grünen treten wir dafür ein, alle Formen der Unterstützung der BDS-Bewegung einzustellen. Dazu gehört u. a. der BDS-Bewegung keine Räumlichkeiten in Einrichtung des Landes zur Verfügung zu stellen. Wir rufen die Städte, Gemeinden, Landkreise und alle öffentlichen Akteure dazu auf, sich dieser Haltung anzuschließen.

Drucksache 17/3577

Beitragschaos beenden – wir brauchen endlich beitragsfreie Kitas!

Eltern werden in Nordrhein-Westfalen durch die Betreuungskosten für Kindertageseinrichtungen finanziell stark belastet. In 186 Satzungen haben die 186 Jugendämter des Landes ihre Elternbeiträge auf nahezu 186 unterschiedliche Arten geregelt. Dadurch zahlen Eltern mit vergleichbarem Einkommen zum Teil extrem unterschiedlich hohe Kitabeiträge. Wer welche Beiträge zahlt, hängt somit ausschließlich vom Wohnort ab. Dieses Chaos zeigt uns die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage „Kita- und OGS-Gebühren sowie weitere finanzielle Belastungen der Familien in NRW“ nun schwarz auf weiß. In der dazugehörigen Plenardebatte haben wir unmissverständlich deutlich gemacht: Der einzig gerechte Weg dieses Beitragschaos in NRW zu beenden, besteht darin, die Beitragsbefreiung in der Kita voranzutreiben.

Drucksache 17/3201



Wahlkreisarbeit

2100 Bürgerinnen und Bürger setzen friedliches Zeichen bei der Demo „Menschenrechte statt Rechter Hetze!“



Verschiedenste Akteure aus Organisationen, Vereinen, der städtischen Verwaltung, und Politik haben sich am Sonntag, den 16.09.2018 auf dem Heinrich-König-Platz versammelt, um ein Zeichen gegen rechtes Gedankengut und Rassismus zu setzen. 2100 Bürgerinnen und Bürger sind damit dem Aufruf der Falken gefolgt. Gegenüber der Demo der „besorgten Mütter“ und der „Patrioten“ waren sie in deutlicher Überzahl vertreten. Ein klares Zeichen gegen die Diffamierung einzelner Gruppen oder ganzer Ethnien wurde gesetzt. Der Sonntag hat eindrucksvoll gezeigt: Gelsenkirchen ist und bleibt bunt.

#wirsindmehr

„Azubi-Ticket? Fehlanzeige! - Landesregierung liefert nicht“

Das Ausbildungsjahr hat begonnen, doch die Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen haben trotz Versprechens des Ministerpräsidenten immer noch kein Azubi-Ticket. Sebastian Watermeier, Landtagsabgeordneter für Gelsenkirchen, kommentiert: „Die Mitte-Rechts-Koalition setzt ihre Tour der sozialen Kälte weiter fort. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen profitieren die Auszubildenden hier im Lande nicht davon. 2017 sah ein SPD-Antrag vor, 20 Millionen Euro für das Azubi-Ticket bereitzustellen. Dies wurde im Landtag mit den Stimmen von CDU/ FDP abgelehnt. Auch die diesjährigen Teilnehmer*innen des Jugendlandtags haben die Einführung des Azubi-Tickets mit großer Mehrheit im Landtag verabschiedet. Dies scheint den Ministerpräsidenten allerdings nicht zum Handeln zu bewegen“.



In der Klausur des Haushaltsausschusses am 26./27. September konnte die Landesregierung auf Anfrage der SPD-Fraktion weiterhin keinen Zeitplan zur Einführung des Azubi-Tickets nennen. Auch der Haushaltsentwurf für 2019 sieht keine Mittel zur Vergünstigung eines solchen Tickets vor.

„Im Zuge der von der Landesregierung angekündigten ‚Ausbildungsoffensive‘ wird den Auszubildenden viel Flexibilität abverlangt. Daher wäre die Einführung eines vergünstigten Tickets für Azubis dringend nötig. Doch auch weiterhin müssen Hunderttausende Auszubildende einen großen Anteil ihrer Vergütung für ihre Mobilität ausgeben. Sie haben sich auf die Worte des Ministerpräsidenten verlassen und wurden letztlich bitter enttäuscht“, so Heike Gebhard, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, „wir werden weiterhin für die Einführung des Azubi-Tickets und somit eine Gleichstellung zwischen Auszubildenden und Studierenden kämpfen“.

„Circus-Arminalli“ gastierte erfolgreich in den ersten Stadtteilen



Urheber: Privat

Mit der aktuellen Kampagne „Circus-Arminalli - Ein Jahr schwarz-gelber Regierungszirkus“ hat die SPD-Fraktion im Landtag auf eine ganz besondere Art und Weise die bisherige Arbeit der Mitte-Rechts-Koalition dargestellt. Für den Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier eine klasse Idee, die in Gelsenkirchen sogar noch weiterentwickelt werden konnte:

Ein großes Banner und ein schwarz-gelber Clown ziehen durch Gelsenskirchens Stadtteile. Also genau jener Zirkus, den die Landesregierung insbesondere beim Thema Ruhrgebiet veranstaltet. Beim Dosenwurfspiel „Weg mit der sozialen Kälte“ haben nicht nur die Jüngeren die Möglichkeit die schwarz-gelben Dosen endlich einmal in die Mangel nehmen zu können. Das Publikum gab sich ordentlich Mühe, um die „soziale Kälte“ der aktuellen Regierung umzuwerfen. Denn für die Bürgerinnen und Bürger in Gelsenkirchen ist eines ganz klar: Schwarz-Gelb ist Mist! - sowohl politisch als auch sportlich.

[Weitere Termine finden Sie hier](#)



Urheber: Privat

Besuch bei BP-Gelsenkirchen

Beim Besuch der Ruhr Oel GmbH - BP Gelsenkirchen, konnten sich die Gelsenskirchener Abgeordneten aus Bund und Land, Markus Töns, Heike Gebhard und Sebastian Watermeier über die Lage der Raffineriestandorte in Scholven und Horst informieren.

Neben der Einschätzungen der Betriebsräte zur Zukunft der Mobilität, ging es auch um eine Vielzahl an sozialpolitischen Fragen. Soviel Interesse und Engagement war allerdings zu erwarten: Neben der täglichen Vielzahl an Aufgaben, bringen die engagierten Kolleg*innen wöchentlich eine informative Zeitung für die Arbeitnehmer*innen heraus, um sie über alle aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Das ist keine Selbstverständlichkeit!

Die Abgeordneten ziehen den Hut vor so viel Engagement!



Urheber: Privat

„Aus einer Idee entstand das Quartiersbüro in Rotthausen“ Besuch von Markus Töns MdB und Sebastian Watermeier MdL

So und nicht anders wird die Entstehung des Rotthausener Quartiersbüro beschrieben.

Beim gestrigen Besuch der Rotthausener Anlaufstelle konnte Sebastian Watermeier einen umfangreichen Einblick in die Arbeit an der Karl-Meyer-Straße gewinnen: Unterschiedlichste Akteure, so z.B. die IAG, die Stadt Gelsenkirchen, das Rotthausener Netzwerk, genauso wie die Rotthausener Post informieren und beraten alle interessierten Menschen über Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie über offene Stellen im Stadtteil – ein einzigartiges Vorgehen.

Das Quartiersbüro wird oft und gerne in Anspruch genommen und setzt somit ein positives Zeichen für Rotthausen – äußerst erfreuliche Nachrichten für den Landtagsabgeordneten. Wir wünschen allen Beteiligten weiterhin viel Erfolg!



Urheber: Privat

Eröffnung des Zentrums für Hyperbare Sauerstofftherapie im Bergmannsheil und Kinderklinik Buer

Am 26.09. fand die Eröffnungsfeier des Zentrums für Sauerstofftherapie im Knappschafts-Krankenhaus Bergmannsheil in Buer statt.

Künftig könnten in den beiden 50 Tonnen schweren Sauerstoffkammern an sieben Tagen der Woche rund um die Uhr 24 Patientinnen und Patienten mit Kohlenmonoxidvergiftungen, Taucherunfällen oder Wundheilungsstörungen behandelt werden.

„Eine solche Möglichkeit der Sauerstofftherapie gibt es neben dem Bergmannsheil Buer nur an acht weiteren Zentren in Deutschland. Der zusätzliche Standort in Gelsenkirchen schließt eine regionale Versorgungslücke und ist auch für die Versorgung der Menschen in Gelsenkirchen ein großer Gewinn“, freut sich Heike Gebhard am Rande der Eröffnungsfeier.

